



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Stephanie Schuhknecht, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: ÖPNV-Zuweisungen erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 633 81)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 13 10 wird der Ansatz im Tit. 633 81 (Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke des öffentlichen Personennahverkehrs) für das Jahr 2026 von 94.300 Tsd. Euro um 94.300 Tsd. Euro auf 188.600 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 13 10 wird der Ansatz im Tit. 633 81 (Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke des öffentlichen Personennahverkehrs) für das Jahr 2027 von 94.300 Tsd. Euro um 188.600 Tsd. Euro auf 282.900 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Mehr Fahrgäste, mehr Klimaschutz. Das sind zwei wesentliche Ziele, die der Freistaat mit der ÖPNV-Strategie 2030 verfolgt. Laut ÖPNV-Strategie 2030 sollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV gegenüber 2019 bis zum Jahr 2030 zu verdoppelt werden. Dazu muss auch das Angebot im allgemeinen ÖPNV erhöht werden. Die ÖPNV-Aufgabenträger brauchen daher mehr ÖPNV-Zuweisungen. Seit 2019 sind im Staatshaushalt gleichbleibend 94,3 Mio. Euro veranschlagt. Dabei sind die Kosten in den letzten Jahren gestiegen. Bayerns Busbranche warnt sogar vor einer Unterfinanzierung im Nahverkehr.